

12.46

Abgeordnete Birgit Silvia Sandler (SPÖ): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Frau Ministerin! Herr Minister! Liebe Kollegen und Kolleginnen! Werte Zuseher und Zuseherinnen! Die Verhandlungen haben sich etwas gezogen, aber trotz allem bin ich froh, dass es diese 15a-Vereinbarung endlich gibt. Gestatten Sie mir trotzdem, einige kritische Anmerkungen dazu zu machen!

Problematisch ist vor allem das Stocken der Sprachförderung. Auch wenn 20 Millionen Euro budgetiert waren, gab es keine klare Planungssicherheit für unsere Länder, daher haben sich ganz, ganz viele Sprachförderer und Sprachförderinnen einen anderen Job gesucht. Diese fehlen uns jetzt aber und wir würden sie ganz dringend brauchen. Eine Evaluierung der Sprachförderung wäre notwendig und auch Aufgabe des damaligen Integrationsstaatssekretärs gewesen, sie fand aber nie statt.

ExpertInnen haben berechnet, dass wir, um sinnvolle und zielführende Sprachförderung betreiben zu können, ungefähr das Doppelte an Mitteln brauchen würden und nicht weniger. In der Vereinbarung steht in Artikel 4 sinngemäß, dass die frühe sprachliche Förderung in den letzten beiden Jahren vor Schuleintritt systematisch durchgeführt wird, aber der Besuch der elementaren Betreuungseinrichtung ist nur im letzten Jahr vor Schuleintritt gratis. Das heißt, dass Kinder, deren Eltern sich das zweite Kindergartenjahr nicht leisten können, auch da wieder schlechtere Karten haben.

Ich finde es auch schade, dass Sie auf den populistischen Zug des Themas Kopftuch aufgesprungen sind, denn wenn man sich ein bisschen damit beschäftigt, weiß man, dass das Tragen des Kopftuchs für Mädchen erst im Alter der Geschlechtsreife überhaupt ein Thema ist, und das ist mit vier und fünf Jahren überhaupt nicht möglich. (*Beifall bei der SPÖ. – Zwischenrufe der Abgeordneten Steinacker und Schwarz.*)

Frau Kollegin, selbst eine Anfrage im Ministerium ergab nichts, weil es keine Fälle gibt. (*Zwischenruf des Abg. Rädler. – Ruf bei der SPÖ: Einfach zuhören!*) Also warum war diese Forderung so wichtig? (*Zwischenruf der Abg. Steinacker.*) Im eigenen Ministerium gab es keine Fälle, auf diese Aussage verlasse ich mich – wenn Sie nicht auf Ihr eigenes Ministerium hören, ist das Ihr Problem. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Ich frage mich nur, warum diese Forderung dann so wichtig war, aber wahrscheinlich gab es wieder irgendwo einen Einzelfall, oder es war ein Ablenkungsmanöver für arbeitnehmerfeindliche Themen, die Sie gerade durchpeitschen wollten. (*Abg. Schimann: Ah geh!*)

Einen letzten Punkt möchte ich noch ansprechen: Unsere ElementarpädagogInnen brauchen eine bessere Anerkennung ihres Berufsstandes, sie brauchen eine bessere Bezahlung, sie brauchen einen einheitlichen Qualitätsrahmen für die Kinderbetreuung, sie brauchen unterstützendes Personal, um wieder mehr Zeit für ihre ureigensten Aufgaben zu haben. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Was sie ganz sicher nicht brauchen, sind politische Vorgaben für pädagogische Konzepte, aber genau das ist es, was Sie mit dem Wertekatalog tun. Unsere ElementarpädagogInnen sind hochengagierte und -motivierte Fachkräfte, die unsere Kinder begleiten und erziehen. Die brauchen keine politischen Vorgaben.

Für uns ist klar, dass jedes Kind das Recht auf ein gutes Leben hat, gerade im Hinblick auf den Tag der Kinderrechte, der gestern war. Alle Kinder haben Rechte, und wir müssen sie schützen, manchmal auch vor übereifrigen PolitikerInnen. – Glück auf!
(Beifall bei der SPÖ.)

12.49

Präsidentin Doris Bures: Nächster Redner: Herr Abgeordneter Norbert Sieber. – Bitte.